

## Fraktionsvorlage

Vorlage-Nr.: **3396-2010/DaDi** vom 26.01.2010

(Referenz-Vorlage: 3251-2009/DaDi)

Aktenzeichen: 031-038

Fachbereich: Fraktion von Die Linke-DKP

Walter Hübenbecker Werner Bischoff

Beteiligungen:

Produkt: 1.01.01.02 Gremienmanagement

Beschlusslauf: Nr Gremium

١	Nr.	Gremium	Status	Zuständigkeit
ĺ	1.	Haupt- und Finanzausschuss	Ö	Zur vorbereitenden
		1		Beschlussfassung
ĺ	2.	Kreistag	Ö	Zur abschließenden
		5		Beschlussfassung

Betreff: Wirtschaftsplan 10/11 - Haushaltsplan des Jahrs 2010 - Antrag Die

Linke/DKP

## **Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt nur den Haushaltsplan des Jahres 2010. Der Kreisausschuss und die Verwaltung werden aufgefordert zur Kreistagssitzung am 08.03.2010 einen Haushaltsplan nur für das Jahr 2010 vorzulegen.

## Begründung:

In Krisenzeiten und im Hinblick auf die Anfang 2011 anstehenden Kommunalwahlen mag es für die Mehrheit des Kreistages Darmstadt- Dieburg

verlockend erscheinen durch einen Doppelhaushalt einer Haushaltsdiskussion – kurz vor dem Urnengang und angesichts der schwersten Systemkrise seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland - aus dem Weg zu gehen. Es ist allerdings dringend zu empfehlen Einzelhaushalte für die Jahre 2010 und 2011 zu beschließen, die zudem flexibel genug sein müssen, auf soziale Schieflagen im Landkreis Darmstadt- Dieburg bedingt durch die Systemkrise zu reagieren.

Wenn am 22. April 2009 die führenden Wirtschaftsinstitute einen Einbruch des Bruttoinlandproduktes um 6% prognostizieren, dann sind allerdings für den Landkreis Darmstadt Dieburg Steuerausfälle in zweistelliger Millionenhöhe zu befürchten.

Aufgrund der starken Exportorientierung der deutschen Wirtschaft und der Abhängigkeit vom Finanz- und Dienstleistungsgewerbe sind derzeit nicht einmal die kurzen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt kalkulierbar – geschweige denn, dass eine Planung für den Zeitraum von zwei Jahren auch nur den geringsten Anspruch auf Seriosität hätte. Der Landkreis muss – gerade in der Sozialund Arbeitsmarktpolitik – in der Lage sein – zu mindestens in Jahrsfrist auf Entwicklungen zu reagieren, die dazu geeignet wären, den sozialen Frieden im Landkreis Darmstadt – Dieburg nachhaltig zu gefährden. Er muss auf mögliche Entlassungswellen reagieren, die freiwilligen sozialen Leistungen anpassen und den Wiedereinstieg in den kommunalen Beschäftigungssektor organisieren können. Andernfalls könne man "soziale Unruhen nicht mehr ausschließen" – so DGB Chef Sommer am 22.4.2009.

Wenn das DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin) am 14.4.2009 in einer Pressemeldung schreibt, dass "in der gegenwärtig noch immer anhaltenden Situation extrem großer Unsicherheiten wäre eine quantitative Prognose für das kommende Jahr 2011 nicht sinnvoll, weil alle Vorhersagen der tatsächlichen Entwicklung hinterherlaufen"(DIW Präsident Zimmermann), ist es wohl vermessen zu erwarten, dass der Kreistag samt Kreisausschuss und Verwaltung in der Lage sein sollen, die wirtschaftliche Entwicklung des Landkreises Darmstadt Dieburg für den Zeitraum von zwei Jahren seriös zu planen.

Daher ist dringend geboten Einzelhaushalte zu beschließen, die flexibel genug sein sollten auf drohende Schieflagen durch die Systemkrise reagieren zu können.

Wir bitten um Zustimmung unseres Antrages.

Druck: 09.02.2010 12:39 Seite 2 von 2